

# ***PRESSEINFORMATION***

**Kiel, den 19.11.1999**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

**TOP 24            Klimaschutzbericht**  
**(Drs. 14/2319)**

## **Anke Spoorendonk:**

Nach allem was wir wissen – und darauf weist auch schon seit längerem das Intergovernmental Panel of Climate Change (IPCC) der Vereinten Nationen hin – wird es bei einer weiteren globalen Klimaerwärmung zu weltweiten Umweltkatastrophen kommen. Der uns vorliegende Bericht der Landesregierung stellt dar, mit welchen Auswirkungen wir rechnen können, wenn die Klimaerwärmung weiterhin zunimmt. Neben des Anstiegs des Meeresspiegels, wird für Europa der mögliche Zusammenbruch des Golfstromes die größte Bedeutung haben.

Dass wir eine globale Verminderung der Treibhausgasemissionen erreichen müssen, wissen wir alle und das nicht erst seit gestern. Aus diesem Grund gibt es seit Jahren weltweite Klimaschutzkonferenzen. Wegweisend war die Klimakonferenz 1997 in Kyoto, wo ein Klimaprotokoll verabschiedet wurde, in dem die Industrieländer sich verpflichtet haben, die Treibhausgasemission zu reduzieren. Betrachtet man das Ergebnis der letzten großen Klimakonferenz in Bonn, ist das Resultat allerdings

ernüchternd. Die Verhandlungen verkommen zu Scheingefechten und der weltweit größte Treibhausgasproduzent – die USA – stellt sich quer bei der Verringerung der eigenen Emissionen. Statt dessen streben sie den sogenannten Emissionshandel an, mit dem sie sich mehr oder weniger aus ihrer Verantwortung freikaufen. Dieses ist nicht der richtige Weg, um eine Verbesserung der Situation zu erzielen.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen und Umwelt sollte selbstverständlich sein. Wer das nicht begriffen hat, den muss man in schärfster Weise abmahnen. Ich kann doch nicht für etwas eintreten, das ich nicht selbst vorlebe. Ich bin der Meinung, dass hier die Vorbildfunktion und Selbstverpflichtung anfängt.

Was können wir also tun, um die Situation in Schleswig-Holstein zu verbessern? Einen ersten Schritt haben wir 1995 unternommen, indem wir das CO<sub>2</sub>-Minderungs- und Klimaschutzprogramm verabschiedet haben. Hierin ist unter anderem das Ziel formuliert, einen Beitrag zur Erreichung des Klimaschutzziels der Bundesregierung zu leisten. Ziel der Bundesregierung ist es, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2005 um 25% gegenüber 1990 zu verringern. Der uns heute vorliegende Bericht weist jedoch darauf hin, dass die im Energiekonzept und Klimaschutzprogramm formulierten Ziele im angestrebten Zeitraum nur teilweise erreichbar sind. Dies gilt besonders für die Unterstützung des Klimaschutzziels der Bundesregierung, hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Dass die Ursache hierfür zum Teil an den in der Vergangenheit unterlassenen Reformen der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene zu suchen sind, kann uns nicht zufrieden stellen. Die Signale hätten

rechtzeitig erkannt werden müssen und dementsprechend hätten Handlungen folgen müssen.

Der Bericht legt in ausführlicher Form die ökologische Notwendigkeit und die wirtschaftlichen Vorteile des Klimaschutzes dar.

Gerade wir in Schleswig-Holstein sollten uns bewusst machen, was es bedeuten würde, wenn der Meeresspiegel steigen sollte – dies wäre eine verschärfte Bedrohung für unsere Nord- und Ostseeküste. Was das für erhebliche Mehrkosten für den Küstenschutz bedeuten würde, ist nicht abzuschätzen.

Die wirtschaftlichen Chancen und Vorteile des Klimaschutzes sind nach neuesten Untersuchungen nicht von der Hand zu weisen. Zu diesem Ergebnis ist unter anderem Prof. Sprenger vom ifo - Institut für Wirtschaftsforschung - München gekommen. In einer Literaturstudie wurden die Beschäftigungspotentiale - insbesondere von erneuerbaren Energieträgern und der energetischen Gebäudesanierung - untersucht. In dieser Studie wird darauf hingewiesen, dass positive Nettobeschäftigungseffekte bei Investitionen in diesen Sektoren zu erwarten sind. Auch der Klimaschutzbericht bestätigt diese Ergebnisse. Hier wird darauf hingewiesen, dass heute schon 1.500 Arbeitsplätze mit der Windenergie in Schleswig-Holstein geschaffen wurden.

Zwar kommt es zu Beschäftigungsverlusten in der konventionellen auf fossilen Brennstoffen und Atomenergie beruhenden Energieversorgung, wenn wir hier einem schrittweisen Ausstieg vornehmen. Jedoch werden wir positive

Arbeitsmarktverhältnisse erzielen, die die eben genannten Arbeitsplatzverluste kompensieren und überflügeln. Dies gilt besonders bei Herstellern von Wärmedämmung und Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung, in der Bauwirtschaft und im Handwerk. Wir sehen dieser Entwicklung positiv entgegen, da wir die Möglichkeiten für Neuansiedlungen kleinerer und mittlerer Unternehmen in den ländlichen Räumen schaffen.

Um diese Entwicklung auch künftig sicherstellen zu können, ist es notwendig, dass die Investoren und Hersteller der regenerativen Energien nicht verunsichert werden - Stichwort: Liberalisierung des Strommarktes oder die Drohungen der PreussenElektra. Es müssen klare Verhältnisse geschaffen werden, und es darf keine schwebenden Verfahren geben.

Abschließend möchte ich noch kurz auf das „20-Punkte-Programm“ der Landesregierung eingehen. Hier werden schwerpunktmäßig umzusetzende Maßnahmen angesprochen, die für die Zukunft notwendig sind, um weiter die Ziele des CO<sub>2</sub>-Minderungs- und Klimaschutzprogramms zu erreichen. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn eine ständige Überprüfung des Erreichten und des Erreichbaren stattfindet.

Einen Punkt werde ich hier noch hervorheben, der meines Erachtens nicht unerheblich ist. Die Bestrebung der Landesregierung bei der Umsetzung der Agenda 21 scheint mir von großer Bedeutung zu sein. Denn gerade im kommunalen Bereich ist es wichtig, die Klimaschutzziele und ihre Chancen bekannt zu machen. Nur mit einer breit angelegten

und aktiven Öffentlichkeitsarbeit ist es möglich, die Bevölkerung für dieses umfangreiche Thema zu sensibilisieren und zu interessieren.